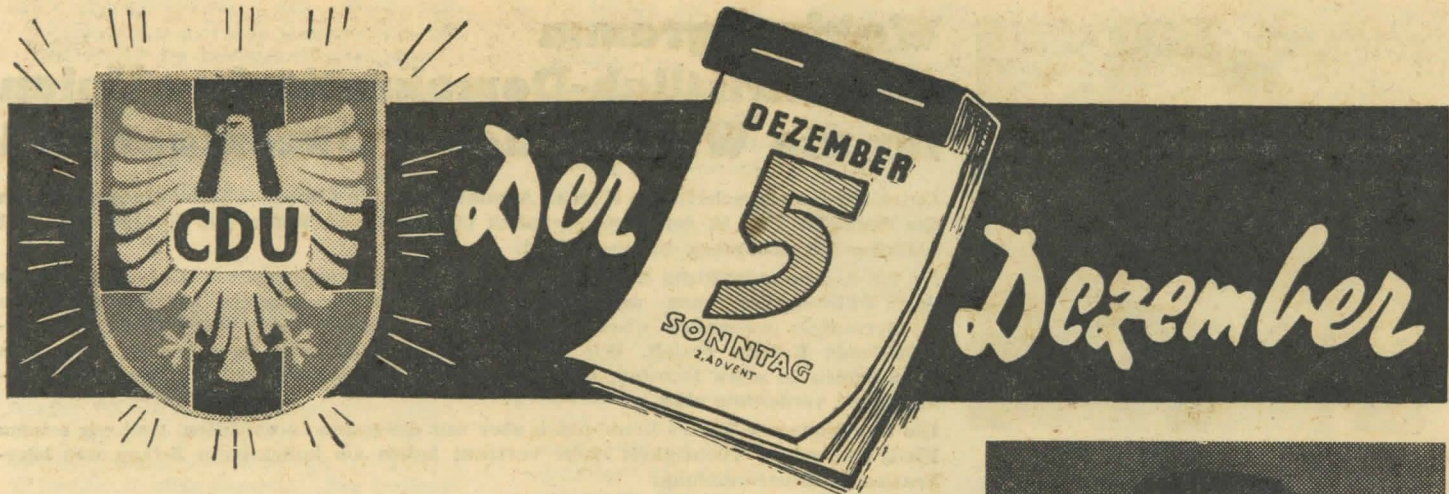




Berlinerinnen und Berliner!

Am 5. Dezember 1954 wählt das freie Berlin sein Parlament.

Auch diese Wahl muß das Ansehen Berlins als Vorposten der Freiheit und Hort der Demokratie festigen. Deshalb kommt es auf jede Stimme an. Für jeden Berliner ist es selbstverständlich, daß er seine Stimme nur einer Partei gibt, die sich im Freiheitskampf Berlins und in der Regierungspolitik des Bundes bewährt hat.

Geben Sie Ihre Stimme keiner Partei, die Sie nicht kennen. Berlin ist kein Ort für politische Experimente. Jede vergeudete Stimme dient nur den östlichen Machthabern.

Unter der Führung von Bundeskanzler Konrad Adenauer hat die CDU Deutschland wieder aufgebaut. In enger Zusammenarbeit mit dem Bund ist Berlin aus seiner schweren wirtschaftlichen und sozialen Not herausgeführt worden. Der Berliner Senat unter der Führung des Regierenden Bürgermeisters, Dr. Walther Schreiber, hat Großes geleistet. Geben Sie uns Ihr Vertrauen!

Am 5. Dezember sagt Berlin Ja zur Politik Adenauers, die Deutschland aus der Isolierung gelöst und der Wiedervereinigung den Weg bereitet hat.

Wählen Sie die Christlich-Demokratische Union • Liste 2

DR. ROBERT TILLMANN
Bundesminister
Vorsitzender der CDU Berlin

ERNST LEMMER
Vorsitzender der CDU-Fraktion

„Ich begreife diejenigen nicht, die jetzt und in dieser Stunde Verhandlungen mit der Sowjetunion aufnehmen wollen.“

Wer heute bereit ist, auf ein militärisches Sicherheitssystem im freien Europa zu verzichten um den Preis einer Übereinkunft mit der Sowjetunion, ist in meinen Augen ein Narr oder ein Verbrecher.“

PAUL HENRY SPAAK
Sozialist
und belgischer Außenminister

Auch das ist unser Werk:

Wegfall des Notopfers Berlin seit Juli 1954

20% Steuererleichterungen für Berlin ab 1955

über die allgemeine Steuererleichterung hinaus.



An den deutschen Bundeskanzler müssen wir unsere Hoffnungen hängen. Hier liegt unsere letzte Chance!
PAUL HENRY SPAAK

BERLIN im Blickpunkt der Welt

Von Bundesminister Dr. Robert Tillmanns
Vorsitzender des Landesverbandes
Berlin der CDU

Wenn die Christlich-Demokratische Union Berlins in diesen Wochen vor die Wähler tritt, dann sollte niemals vergessen werden, daß am 17. Oktober in der Sowjetzone und in Ostberlin mit Mitteln der Verleumdung und der Verhetzung durch unfrei und erzwungene Wahlen versucht wurde, die politische Unterwerfung unter ein unfreies System und damit unter die Macht des Kommunismus zu dokumentieren. Demgegenüber sind wir in Berlin aufgerufen, in den nächsten Wochen bis zum 5. Dezember ein Beispiel echter Wahl und echter Auseinandersetzungen geistiger und politischer Freiheit, aber auch gleichzeitig politischer Zucht zu geben. Das Vertrauen und die Achtung, die Berlin sich in der gesamten freien Welt in den letzten Jahren erworben hat, muß weiter zur dynamischen Kraft entwickelt werden, die uns gemeinsam trägt und die Wiedervereinigung herbeiführt.

Wir hatten uns nach der letzten Wahl unter diesen für Berlin zwingenden Gesichtspunkten mit den anderen Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Es hat nicht an uns gelegen, daß nach dem Tode Ernst Reuters diese Zusammenarbeit nicht weitergeführt worden ist. Man stellte parteipolitisches Interesse höher, als die gemeinsame Aufgabe.

Die Rechnung, die sich die Opposition mit ihrer Haltung gemacht hat, stimmt nicht. Unser Senat und unsere Fraktion des Abgeordnetenhauses haben gezeigt, daß wir zielstrebig und klar auf dem nun einmal für uns in Berlin vorgezeichneten Weg weitergeschritten sind. Wir können mit voller Zu-



Dr. Robert Tillmanns

versicht vor die Berliner Bevölkerung treten und Rechenschaft geben von dem, was wir geleistet haben. Wir sind sicher, daß der gesunde und in der ganzen Welt gerühmte reale Sinn der Berliner wohl zu unterscheiden weiß zwischen unerfüllbaren Versprechungen und Forderungen und wirklicher verantwortungsvoller Arbeit.

Wir haben im Bundestag erreicht — und das ist mit das Verdienst des Regierenden Bürgermeisters —, daß das Notopfer in Berlin nicht mehr erhoben wird. Wir haben im Bundestag den Antrag gestellt, der schließlich die Zustimmung aller Fraktionen gefunden hat, den Steuertarif für Berlin über die Steuersenkung im Bund hinaus um 20% zu senken, die Freibeträge heraufzusetzen, damit für alle Menschen in Berlin eine fühlbare Erleichterung geschaffen wird. Unserer Initiative ist es zu verdanken, daß die wichtigen und großen Sozial-Gesetze, die verabschiedet sind bzw. jetzt verabschiedet werden, das Gesetz über die Familien-Ausgleichskassen, das Gesetz über die Altrenten, die weitere Verbesserung der Kriegsopfer-Versorgung zustande kamen und den Berlinern zugute kommen.

Wir wissen, daß noch außerordentlich viel zu tun übrigbleibt. Wir wissen aber auch, daß eine endgültige Lösung der Sorgen und der Nöte dieser Stadt erst dann herbeigeführt werden kann, wenn die Frage der Wiedervereinigung gelöst und Berlin wieder Hauptstadt eines einigen deutschen Staates ist.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Gemeinschaft sind keine Gegensätze, sondern zwei Elemente ein und derselben Politik, die unerhört eng miteinander verflochten sind. Und der Opposition müssen wir sagen: wenn ihr uns in den letzten Jahren nicht dauernd Steine und Blöcke zwischen die Füße geworfen hättet, dann wären wir heute weiter mit der Einigung Europas und damit auch weiter mit der Wiedervereinigung Deutschlands. Was in aller Welt soll die Sowjetunion denn eigentlich veranlassen, die Zone frei- und die besetzten Gebiete herauszugeben, solange sie auf Grund unserer Uneinigkeit und Schwäche noch hofft, eines Tages das ganze Deutschland zu bekommen!

Aufgaben von so großer politischer Bedeutung, wie sie vor uns liegen, sind nur zu bewältigen von großen politischen Gemeinschaften, aber nicht von dieser oder jener kleinen Gruppe, die sich auch jetzt wieder als Splitter mit neuen Allheilmitteln den Berliner Wählern anbieten. Schon einmal ist eine freie und rechtsstaatliche Ordnung in Deutschland durch Zersplitterung des Parteiwesens zugrunde gegangen. Jede Zersplitterung, das sei mit allem Ernst gesagt, kommt nur den Machthabern des Kreml zugute.

Wer die CDU stärkt, indem er ihr seine Stimme gibt, stärkt die Politik des Bundeskanzlers.

Wer die CDU wählt, stellt dem mit allen Mitteln auf Alleinherrschaft in der Welt zielenden Bolschewismus die Einigkeit der freien Welt gegenüber.

Wer die CDU wählt, wählt Sicherheit und Freiheit in einem wiedervereinigten Deutschland.

Wahlprogramm der Christlich-Demokratischen Union für die Wahlen des 5. Dezember 1954

Unter der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer hat die Christlich-Demokratische Union das deutsche Volk in der Bundesrepublik und im freien Berlin aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Es ist das geschichtliche Verdienst der Christlich-Demokratischen Union, daß unter ihrer Führung die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen für den deutschen Wiederaufbau geschaffen wurden. Auf allen Lebensgebieten wurden große und entscheidende Erfolge erzielt. Wir wissen, daß diese Erfolge dem ganzen Volk, den Schaffenden in allen Berufen, den Müttern und Hausfrauen und der Hilfe des Auslandes zu verdanken sind.

Die Kraft unseres Volkes konnte sich aber nur deswegen so entfalten, weil wir seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit mehr vertraut haben als kollektivem Zwang und bürokratischer Bevormundung.

Wir sind der Überzeugung, daß sich das öffentliche Leben nur dann auf bleibenden Grundlagen entwickeln kann, wenn sittliche Kräfte das Tun und Lassen all derer bestimmen, die die Macht im Namen des Volkes auszuüben haben. Eine soziale Ordnung in demokratischer Freiheit und auf dem Fundament des Rechtes kann nur bestehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden moralischen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen.

Berlin – Deutschland – Wiedervereinigung

Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ist das oberste Ziel unserer Politik. Die Außenpolitik Adenauers hat Deutschland aus der Isolierung gelöst und zu einem angesehenen, vertrauenswürdigen Partner der freien Welt gemacht. Durch die Londoner Akt ist die Politik der europäischen und atlantischen Solidarität als richtig bestätigt worden. Für die Bundesrepublik wird das Besatzungsregime beendet. Sie erhält aufs neue wirksame Garantien für ihre Sicherheit und die Sicherheit des freien Berlin. Dadurch allein werden die Voraussetzungen geschaffen für aussichtsreiche Verhandlungen zwischen den Großmächten über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Es ist vor allem der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den verantwortlichen Persönlichkeiten der CDU in Berlin und Bonn zu verdanken, daß Berlin auf den verschiedenen Wegen ständig steigende Zuwendungen erhalten hat. Sie betragen allein in diesem Jahr 1,2 Milliarden DM.

Wegen der besonderen Aufgabe Berlins als Vorposten der freien Welt bleibt darüber hinaus noch zu fordern:

1. Die Wiedervereinigung Berlins ist mit allen Mitteln zu erstreben, die Frieden und Freiheit garantieren.
2. Der Personen- und Wagenverkehr von und nach Berlin muß frei und unbehindert von Kontrollen gesichert werden.
3. Das in Berlin noch notwendige Besatzungsstatut ist so zu handhaben, daß Berlin in der Wahrnehmung seiner eigenen Rechte nicht behindert wird.
4. Die künftige Stellung Berlins als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland ist durch Maßnahmen des Bundes und durch eigene Maßnahmen vorzubereiten.

Ziel unserer Politik ist, Berlin politisch und wirtschaftlich so zu stärken, daß es künftig aus eigener Kraft sein Schicksal meistern kann.

Wirtschaft

Die Wirtschaft Berlins befindet sich in ständigem Aufstieg. Das Sozialprodukt ist in den letzten vier Jahren von knapp 4 auf 6 Milliarden DM gestiegen. Über 140 000 neue Arbeitsplätze wurden gewonnen.

Die Lieferungen Berlins in das Bundesgebiet und ins Ausland haben sich um 125% vermehrt, d. h. weit mehr als verdoppelt. 49 000 Wohnungen wurden gebaut, davon im Jahre 1954 allein 18 000. Dem Senat ist es unter der Führung des Regierenden Bürgermeisters Dr. Walther Schreiber gelungen, das Notopfer in Berlin abzuschaffen. Die CDU hat für Berlin erreicht: über die Anfang des Jahres 1955 in Kraft tretende allgemeine Steuersenkung im Bund hinaus eine weitere 20%ige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und eine erhebliche Erhöhung der Freibeträge. Die Zahl der Lehrstellen ist so erhöht worden, daß erstmalig fast alle Schulentlassenen untergebracht werden konnten.

Unsere Aufgabe bleibt die Aktivierung aller Kräfte der Berliner Wirtschaft mit dem Ziel: Berlin lebt wieder aus eigener Kraft. Dazu fordern wir:

1. Schaffung weiterer Dauerarbeitsplätze bis zur völligen Beseitigung der Arbeitslosigkeit.
2. Planvolle, von wirtschaftlichen Maßstäben geleitete Kreditpolitik zum Ausbau der Berliner Produktionsstätten und zur Finanzierung der Aufträge.
3. Die wirtschaftliche Stärkung des Mittelstandes durch
 - a) großzügige Bereitstellung von Handwerks- und Kleingewerbekrediten;
 - b) Umstellung und Auszahlung der im Ostsektor eingefrorenen Postscheck- und Bankguthaben;
 - c) energische Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit;
 - d) mehr Entgegenkommen der Finanzämter bei unverschuldeten Steuerrückständen;
 - e) vermehrte Beteiligung an öffentlichen Aufträgen.

4. Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des privaten Hausbesitzes und Belebung der privaten Bautätigkeit.
5. Weiterführung des sozialen Wohnungsbaus im bisherigen Umfang mit Vorrang des Wiederaufbaus in den zerstörten Stadtgebieten.
6. Gleichbleibende Ausnutzung der Kapazität der gesamten Berliner Bauwirtschaft.

Arbeit und Soziales

Die Zahl der Arbeitslosen wurde um die Hälfte vermindert. Allein im letzten Jahr fanden 60 000 Menschen wieder Arbeit. Die monopolistische VAB wurde abgeschafft; die Sozialversicherung weitgehend an die des Bundes angepaßt. Das bedeutet einen Zuschuß zugunsten der Berliner Rentner von über 200 Millionen DM im Jahr. Berlin wurde bevorzugt in den Lastenausgleich einbezogen. Fast 100 Millionen DM wurden ausgezahlt.

Viel ist geschehen; aus der Sorge um die noch notleidenden Menschen muß weiter gefordert werden:

1. Beseitigung der Arbeitslosennot unter Bevorzugung der älteren Angestellten,
2. Hebung des Lebensstandards aller Arbeitnehmer durch
 - a) Steigerung der Produktivität
 - b) Hebung des Reallohns, Abbau überhöhter Preise
 - c) Schrittweise Verminderung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn mit dem Ziel der 5-Tage-Woche
 - d) Schaffung von Miteigentum,
3. Ausreichende Renten für die Alten, Waisen, Witwen und Invaliden,
4. Bessere Kriegsopferversorgung und schnellere Bearbeitung der Anträge
5. Beschleunigte Auszahlung der Heimkehrerentschädigung,
6. Keine Senkung der Arbeitslosenunterstützung nach Notstandsarbeiten; rentensteigernde Anrechnung der Arbeitslosenzeiten,
7. Beschleunigte und wirksamere Wiedergutmachung,
8. Bessere Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse beim Lastenausgleich.

Unser Ziel ist: Soziale Gerechtigkeit für alle Schichten.

Familie – Frauen – Jugend

Schutz und Förderung der Familie sind ein Hauptanliegen der CDU. Sie hat ihre alte Forderung nach Familienausgleichskassen jetzt verwirklicht. Das Gesetz zum Schutz der Jugend trägt seine Früchte; die Schundliteratur ist aus dem Straßenbild verdrängt. Zahlreiche Kindertagesstätten und Jugendheime sind errichtet worden.

Das Gedeihen der Familie, die Gleichberechtigung der Frau und das Wohlergehen der Jugend erfordern vordringlich:

1. Familiengerechten Wohnungsbau,
2. Förderung der Eigentumswohnungen und des Eigenheimbaues,
3. Stärkere Berücksichtigung des Familienstandes bei der Steuerreform; Steuerfreiheit der Kinderzulagen,

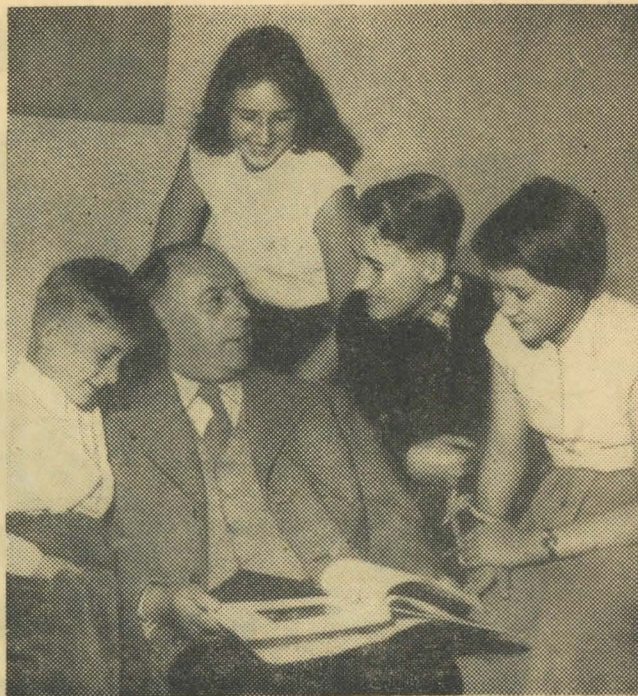
4. Förderung der Mütter- und Kindererholung,
5. Behebung des Mangels an Kindertagesstätten zur Entlastung der berufstätigen Mütter,
6. Gleiche berufliche Aufstiegsmöglichkeiten für die Frau,
7. Mehr Kleinwohnungen für alleinstehende Frauen,
8. Abbau der kommunalen Jugendarbeit zugunsten der freien Jugendarbeit durch: Stärkere Verlegung der Jugendfürsorge auf private, kirchliche und karitative Einrichtungen, Stärkere Berücksichtigung der freien Jugendorganisationen bei der Erfüllung jugendpflegerischer Aufgaben,
9. Parteipolitisch neutrale Ausbildung der Jugendpfleger,
10. Förderung der guten und billigen Jugendliteratur und des guten Jugendfilms,
11. Weiterführung der berufsfördernden Maßnahmen.

Volksbildung

Berlin hat seine kulturelle Bedeutung als Mittelpunkt des geistigen und künstlerischen Lebens zurückgewonnen. Das Theater- und Musikleben Berlins haben internationale Bedeutung erlangt. Hochschulen und Universitäten sind Lehr- und Forschungsstätten ersten Ranges geworden. Die Einheitsschule ist beseitigt; die Schulraumnöte vermindert. Über tausend neue Klassenräume wurden geschaffen; davon 400 in diesem Jahr.

Der kulturelle Aufbau Berlins muß weitergehen. Wir fordern:

1. Stärkere Wahrung des christlichen Erziehungsprinzips in der Schule,
2. Religionsunterricht als gleichberechtigtes Unterrichtsfach,
3. Praktische Durchsetzung des Elternrechts,
4. Völlige Beseitigung des Schichtunterrichts,
5. Beendigung der Schulexperimente durch Angleichung der Berliner Schulverhältnisse an die der Bundesländer,



Der „Regierende“ mit seinen Enkeln

Einführung der 4jährigen Grundschule,

6. Autonomie der Universitäten,
7. Ausbau der Volkshochschulen und Volksbüchereien
8. Verbesserung der Existenzgrundlagen für wissenschaftliche, künstlerische und freie Berufe; Förderung des akademischen Nachwuchses,
9. Errichtung des deutschen Langwellensenders in Berlin,
10. Völlige Rückführung des Berliner Mietsbesitzes,
11. Förderung des Jugend-, Vershrten- und Erwachsenenports,
12. Noch mehr Sportplätze, Turn- und Schwimmhallen.

Verwaltung

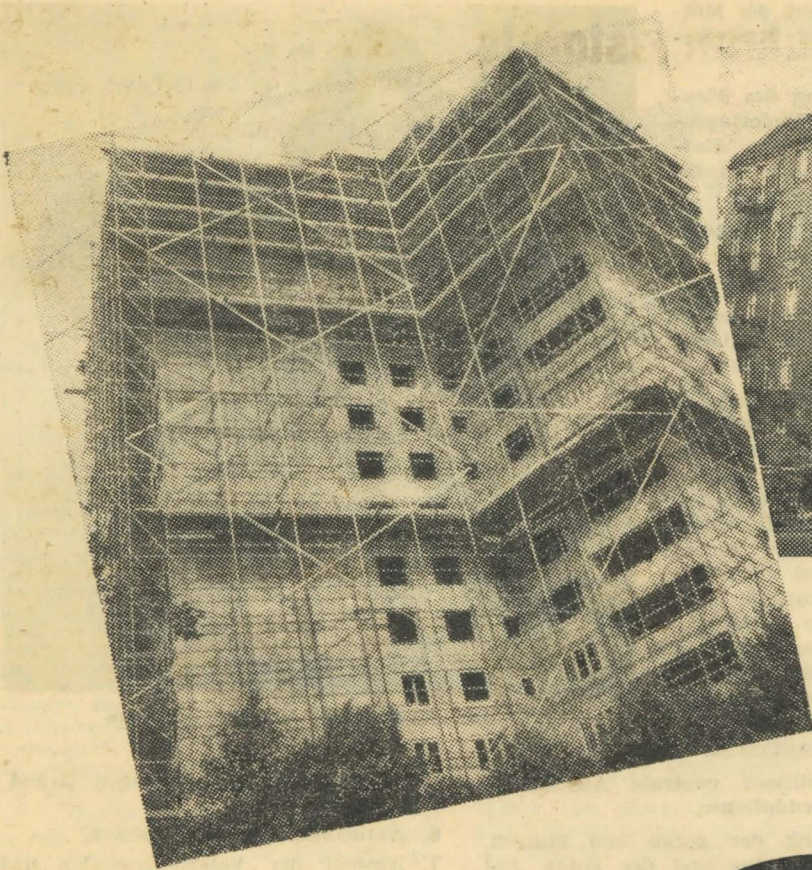
Für die Berliner Verwaltung im ganzen fordern wir eine durchgreifende Reform, Erhöhung ihrer fachlichen Leistung und äußerste Sparsamkeit; ferner die Übertragung geeigneter Aufgaben an freie Institutionen.

Wir wollen ein verfassungstreues und qualifiziertes Berufsbeamtentum und Besetzung der Beamtenstellen ausschließlich nach Eignung und Fähigkeit. Parteipolitik gehört nicht in die Ämter. Eine angemessene Versorgungsregelung für die Angestellten und Arbeiter der Berliner Verwaltung ist eine vordringliche Aufgabe; ebenso die Einbeziehung Berlins in das neue Bundesbeamtengesetz und in das Personalvertretungsgesetz.

Alles, was wir fordern, dient dem einen großen Ziel:

Deutschland – sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa!

Berlin – Hauptstadt des in Freiheit wiedervereinigten Deutschland!



Alle zehn Minuten entsteht in Berlin eine neue Wohnung



Lebendiges Berlin



Heinrich Kreil,
Senator für Arbeit und Soziales



Bürgermeister Ottomar Batzel gratuliert einer 103jährigen



Volkssbildungssenator
Prof. Joachim Tiburtius



Justizsenator Dr. Valentin Kielinger



Finanzsenator Dr. Haas:
„Hallo, Bonn, besten Dank für die Steuererleichterungen für Berlin!“



Der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber empfängt den Bundeskanzler in
Berlin. Rechts hinten Wirtschaftsminister Dr. Erhard

Lockerung des Berliner Besatzungsstatuts

Interview

mit dem Regierenden Bürgermeister Dr. Walther Schreiber

Frage:

Wie beurteilen Sie als Berliner die Forderung des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, der noch vor Abschluß der in London verabredeten Verträge erneute Verhandlungen mit der Sowjetunion wünscht?

Antwort:

So erwünscht Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland zur geeigneten Zeit sind, so würde ich es doch für völlig falsch und schädlich halten, wenn solche Verhandlungen stattfänden, ehe das Ergebnis der Londoner Vereinbarungen vollkommen gesichert ist. Es liegt auf der Hand, daß die Sowjets erst dann zu einem ernststen Gespräch über Deutschland bereit sein werden, wenn sie infolge des Zusammenschlusses der freien Völker West- und Mitteleuropas zu der Überzeugung kommen, daß das freie Europa sich ihnen nicht unterwerfen wird und daß ihre Intrigen gegen das Zusammenwirken dieser Völker und insbesondere gegen die notwendige Aussöhnung des französischen und deutschen Volkes keinen Erfolg zeitigen können.

Niemand wird so naiv sein zu glauben, daß die Sowjets die Räumung der von

ihnen jetzt okkupierten deutschen Gebiete vornehmen und der Herbeiführung der deutschen Einheit auf Grund freier Wahlen zustimmen werden, wenn ihnen dafür nicht ein ihnen lohnend erscheinender Preis gezahlt wird. Dabei denken sie anscheinend an eine Neutralisierung, an eine Wehrlosigkeit oder an eine Bündnislosigkeit Deutschlands. Derartiges könnte Deutschland aber nur auf Kosten seiner eigenen Sicherheit und Selbstbestimmung gewähren, und deshalb sollte es für jeden Deutschen ausgeschlossen sein, überhaupt solche Möglichkeiten zu erwägen.

Verhandlungen mit den Sowjets im jetzigen Augenblick würden zur Ergebnislosigkeit verurteilt sein und nur zu einer weiteren Verzögerung der europäischen Notwendigkeiten führen, die nun schon jahrelang durch die Politik der Opposition zum Schaden unseres Volkes eingetreten ist.

Frage:

Welche Konsequenzen ergeben sich für Berlin aus den Londoner Abmachungen

- a) in rechtlicher Hinsicht,
- b) in seinem Verhältnis zu Westdeutschland?

Die **CDU** eröffnet den Wahlkampf

am 4. November um 20 Uhr
in der

Sporthalle Schöneberg

Sachsendamm

am S-Bahnhof Schöneberg

Antwort:

Aus den Londoner Abmachungen ergibt sich die Konsequenz, das Berliner Besatzungsstatut zu überprüfen, um es den veränderten Verhältnissen mit dem Ziele einer möglichst weitgehenden Selbstverwaltung auch Berlins anzupassen. Die Bundesrepublik wird in Zukunft kein Besatzungsstatut mehr kennen. Wir wären glücklich, wenn wir erst wieder so weit wären, daß auch in Berlin unter Einbeziehung unseres Landes in die Bundesrepublik eine Verwaltung ohne Einschränkung durch die Besatzungsmächte möglich wäre. Leider aber müssen wir uns im Augenblick damit abfinden, daß die Besatzungsmächte, die zu unserem Glück die Sicherheit Berlins und seiner Verkehrswege garantieren, infolge der besonderen Situation Berlins noch einen gewissen Einfluß auf unsere Verhältnisse nehmen.

Für unser Verhältnis zur Bundesrepublik wird sich aus den Londoner Abmachungen die Konsequenz ergeben, daß die nunmehr souverän gewordene Bundesrepublik die Verpflichtungen, die sie zur Hilfe für Berlin und zur Unterstützung und Förderung unserer Stadt den Alliierten gegenüber im Jahre 1952 übernommen hatte, nun uns gegenüber aufs neue bestätigt und damit auch für die Zukunft verbindlich macht.

Frage:

Welche Bedeutung wird Berlin für die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands haben, wenn sich die Bundesrepublik dem erweiterten Brüsseler Pakt angeschlossen haben wird?

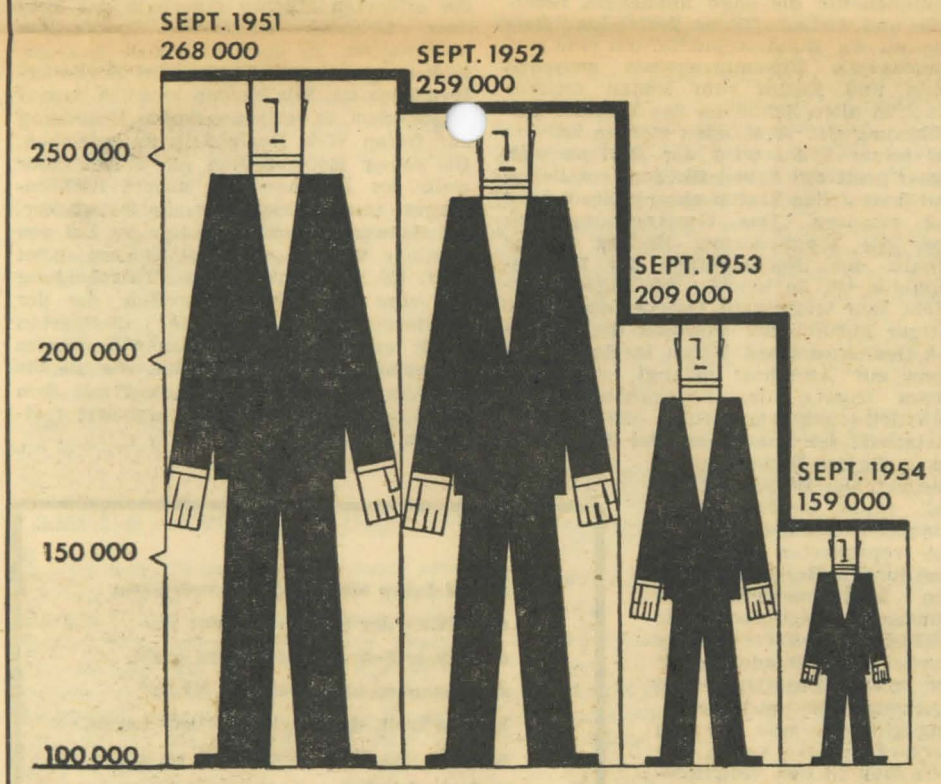
Antwort:

Für Berlin liegt die große Bedeutung der von der Bundesregierung eingeschlagenen Außenpolitik, die zu den Londoner Vereinbarungen geführt hat, darin, daß damit der einzige praktische Weg beschritten worden ist, der zu einer Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes führen kann, dessen Hauptstadt nach der Meinung aller verantwortlichen Kreise unser Berlin sein wird.

Als Stätte der Begegnungen zwischen Ost und West wird auch die Rolle Berlins weiterhin von entscheidender Bedeutung für die gesamtdeutsche Politik sein. Berlin steht für die 18 Millionen unterdrückten Menschen in der Sowjetzone als Symbol der Hoffnung auf Freiheit und als Mahnmal für den Westen, diese Stadt und die sie umgebende Zone nicht zu vergessen.

Ein Ergebnis unserer Arbeit:

Gewaltige Senkung der Arbeitslosenzahl

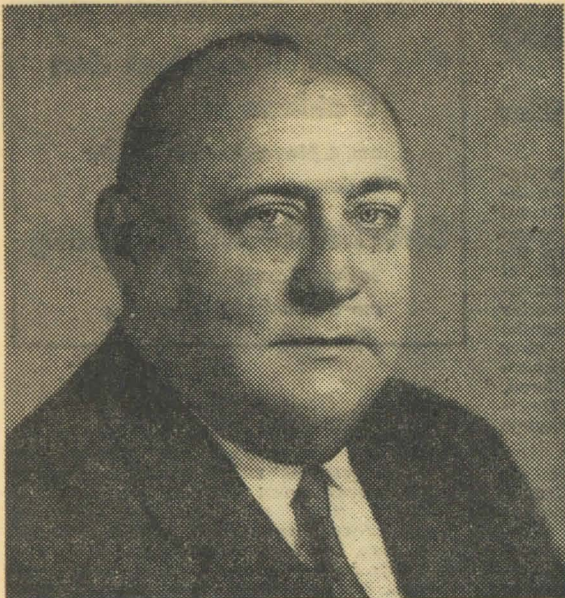


Für Wohlstand u. Frieden!

Wählt

LISTE

CDU



ERNST LEMMER:

Der Berliner und sein Parlament

Der Berliner wird am 5. Dezember die Männer und Frauen wählen, die in den nächsten vier Jahren die politische Arbeit im Berliner Abgeordnetenhaus und in den Bezirksparlamenten leisten sollen. Diese Entscheidung wird der Berliner mit der ihm eigenen Nüchternheit und Sachlichkeit — dessen bin ich gewiß — fällen, wie sie seit 1946 in der Frage der Verteidigung unserer Stadt zur Wirkung gekommen ist.

Der Berliner hat den westdeutschen Landsleuten gegenüber in politischer Hinsicht eines voraus: er nimmt an Wahlen einen viel stärkeren Anteil als der westdeutsche Wähler. 91,4 Prozent der Berliner Wahlberechtigten beteiligten sich im Jahre 1946 an den ersten Wahlen nach dem Kriege. Bei den Wahlen vor vier Jahren gaben 90,4 Prozent der wahlberechtigten Berliner Bevölkerung ihre Stimme ab. Immer wieder konnte bei Rundfragen festgestellt werden, daß die Wahlbereitschaft der Berliner schon Monate vor der Wahl sehr groß ist und wir bei den Wahlen am 5. Dezember mit einer gleich hohen, wenn nicht höheren Wahlbeteiligung rechnen können. Wie kann es auch anders sein bei den Berlinern, die nach 1945 die Leidensstationen unseres deutschen Schicksals so unmittelbar in Gestalt unserer halbierten Stadt miterlebt und sich gegen die Bedrohung ihrer Freiheit bis auf den heutigen Tag gewehrt haben.

Eines aber hat der Berliner mit seinen Landsleuten in der Bundesrepublik gemeinsam: bei den früheren Wahlen hat er genau wie der westdeutsche Wähler die radikalen Parteien von rechts und links mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Bei der Wahl am 5. Dezember wird er den Splitterparteien — von der SED ganz zu schweigen — keine Chance geben. Der Berliner wünscht nicht, daß das freie Berlin ein Tummelplatz für politische Splittergruppen wird, die aus innerer Abneigung gegen die demokratischen Lebensformen, wie sie sich in unserer Gegenwart entwickelt haben, die Unzufriedenheit organisieren und damit das politische Aufbauwerk des Bundeskanzlers untergraben wollen. Der Berliner hat für die undemokratischen Untertöne solcher politischen Strömungen ein viel zu feines Gehör. Mit aller Deutlichkeit wird er seine Meinung über die sachliche Arbeit des Senats und des Abgeordnetenhauses im freien Berlin durch seinen Stimmzettel am 5. Dezember zum Ausdruck bringen. Aus unzähligen Gesprächen mit Berlinern, die in den Jahren nach dem Kriege mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten schwer

zu kämpfen hatten — es waren Berliner Handwerker, Kaufleute, Arbeiter und Angestellte, Rentner, ja auch langjährige Arbeitslose —, konnte ich entnehmen, daß der Berliner die praktische Arbeit des Berliner Abgeordnetenhauses gebührend zur Kenntnis genommen hat. Für große Worte, die gelegentlich bei hochpolitischen Kontroversen und Senatskrisen in die Debatte geworfen werden, hat er wenig übrig und ist zufrieden, wenn man nach hitzigen Wortgefechten wieder zur sachlichen Arbeit kommt. Ich habe meinen Freunden in der CDU-Fraktion immer wieder sagen können, daß unser Bemühen um die enge finanzielle, rechtliche und wirtschaftliche Verbindung Berlins mit der Bundesrepublik, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bonn und Berlin zum besten unserer Stadt in allen Schichten der Berliner Bevölkerung gut verstanden worden ist.

Bei seiner Wahl wird der Berliner sich dieser positiven Arbeit für den rechtlichen und finanziellen Status unserer Stadt sehr gut erinnern. Das Gesetzgebungswerk über die Eingliederung Berlins in das Finanz- und Rechtsgefüge der Bundesrepublik ist, so möchte ich sagen, vielleicht das wichtigste Gesetz, das unter tätiger Mithilfe der Politiker der Christlich-Demokratischen Union in Berlin und Bonn zur Annahme gelangt ist. Durch dieses Gesetz, das sogenannte Dritte Ueberleitungsgesetz, wurde die Finanzwirtschaft des Landes und der Stadt Berlin in die des Bundes eingegliedert. Der Berliner Haushalt findet seither seinen Ausgleich durch die gesetzlich verankerten Zuschüsse des Bundes. Berlin wurde in den Lastenausgleich des Bundes eingeschlossen. Die Berliner Arbeitsverwaltung wurde in die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert, was für die Versorgung der vielen Arbeitslosen in den vergangenen Jahren von größter Bedeutung war. Die Sozialversicherung Berlins wurde der des Bundes weitgehend angeglichen. Von der Tribüne des Abgeordnetenhauses aus konnte ich feststellen, daß wir in den letzten drei Jahren sehr vorsichtig, ohne Auftrumpfen und ohne Propagandalärm die große Mammut-VAB in ihre vier

natürlichen Versicherungsträger zurückgeführt haben — die Landesrentenversicherungsanstalt, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Unfallgenossenschaften und die Krankenversicherung. Ich wage die Behauptung, daß das Gesamtniveau unserer Sozialversicherungsleistungen in Berlin durch diese Reformen nicht herabgedrückt wurde, wohl aber auf zahlreichen Gebieten verbessert werden konnte. Wenn wir ferner uns erinnern, daß durch die Initiative des Regierenden Bürgermeisters und der CDU-Fraktion im Bundestag Steuerpräferenzen für Berlin — Wegfall des Notopfers seit dem 1. Juli 1954 und eine 20%ige Senkung der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer ab 1. Januar 1955 — erreicht wurden, so wird der Berliner die Leistungen des Bundes für Berlin bei der Wahl zu würdigen wissen.

Bei allen Erwägungen über das Für und Wider der Berliner Politik werden wir den realen Hintergrund der Berliner Lage in keinem Falle außer acht lassen können. Die Berliner CDU hat sich daher im Abgeordnetenhaus immer für eine Politik ausgesprochen, die die großen Realitäten der internationalen Auseinandersetzungen erkennt und in Hinsicht auf die Gefahren alles vermeidet, was das Moment der Unsicherheit steigern könnte. Berlins Status hat wiederholt auf der Tagesordnung internationaler Konferenzen gestanden. Durch die Initiative des Bundeskanzlers Dr. Adenauer wurden die Sicherheit und das Wohl Berlins in der Londoner Akte als wesentliche Elemente des Friedens in der gegenwärtigen internationalen Lage bezeichnet. Wenn das Besatzungsrecht, das in wesentlich gemilderter Form, in Berlin aufrechterhalten werden muß und die alliierten Mächte innerhalb des Berliner Gebietes weiterhin Streitkräfte unterhalten, so doch nur, weil dies zur Sicherung unserer Freiheit in Berlin erforderlich ist. Wir bleiben letztlich darauf angewiesen, in vertrauensvoller Beziehung zur freien Welt Realpolitik zu betreiben. Bei seiner Entscheidung am 5. Dezember weiß der Berliner, daß unsere Lichtenberger, unsere Treptower, die Potsdamer, die Schweriner und die Leipziger bei den Berliner Wahlen mit dem Herzen dabei sind. Er wird daher seine Entscheidung für eine Berlin-Politik treffen, die der Wiedervereinigung unserer halbierten Stadt und unseres geteilten Vaterlandes förderlich ist — eine Politik, wie sie die CDU in guter Zusammenarbeit mit dem Bund und der freien Welt unbeirrt fortsetzen wird.

Fünf Jahre tönt schon unverdrossen
das NEIN der SPD-Genossen;
denn jede Schwierigkeit wird kein,
sagt man zu allem einfach NEIN!
Man schreit, das Parlament soll tagen,
nur um das Wörtchen NEIN zu sagen
und glaubt, daß man Europa eint
durch jenen Geist, der stets verneint.
Der Vorstand dieser Demokraten
will gar mit Moskau erst beraten
und macht durch solch ein wirres Tun
den Fuchs zum Hüter für das Huhn.

Europa und die SPD!

Der SPD-Vorsitzende Herr Ollenhauer forderte am 24. 9. 54 in Bonn

Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein . . . Europäisches Sicherheitssystem.

Herr Ollenhauer fordert weiter

„beweiskräftig ernste Anstrengungen für eine Entspannung in Europa durch neue Besprechungen mit der Sowjetunion.“

Und das nach den gescheiterten Konferenzen und Notenwechseln

London 1947

Paris 1949

Paris 1951

London 1952

Berlin 1954

und unzähligen ergebnislosen Deutschlanddebatten in der UNO.

Und Herr Ollenhauer wünscht immer noch mehr Beweise ernster Anstrengungen.

Die aber im Kreml sitzen, werden auf unsere Forderungen nach Wiedervereinigung und Frieden nur dann ernsthaft eingehen, wenn ihnen ein vereinigt und verteidigungsbereites Europa gegenübersteht.

Das kann nur erreicht werden durch gemeinsame Verteidigungsverträge der freien Welt.

Herr Ollenhauer aber erklärte am 24. 9. 54: „Die Sozialdemokratie hat die Verträge bekämpft und abgelehnt, weil wir stets überzeugt waren, daß diese Verträge nicht zur europäischen Zusammenarbeit führen.“

Der europäische Sozialist P. H. Spaak quittierte diese Haltung mit bitterer Ironie: „Wir tun ja auch so alles, was die Sowjets von uns verlangen.“

1950 sprach der Führer der deutschen Sozialisten anders:

„Der Gedanke einer Remilitarisierung Westdeutschlands darf nicht grundsätzlich zurückgewiesen werden, sonst werden die Sowjets zum Überfall auf Westdeutschland eingeladen.“

Und der SPD-Pressedienst schrieb im gleichen Jahr:

„Die Zeit schreit nach schnellen handfesten Maßnahmen zum Ausbau der Verteidigung der westlichen Welt.

Die Moskauer Politik läßt nicht nach, durch immer neue Vorstöße den Widerstandswillen des Gegners abzutasten . . .

Wer sich heute damit tröstet, er sei heute noch nicht an der Reihe, begeht einen Feh-

ler, dessen fürchterliche Spuren schrecken sollten.“

Und vier Jahre später können sich dieselben Sozialisten auf ihrem Berliner Parteitag über den Zeitpunkt eines Verteidigungsbeitrags Westdeutschlands noch immer nicht einigen; ein späterer Parteitag solle das zu gegebener Zeit diskutieren.

Jede Stunde der Verzögerung ist ein Gewinn für den Kreml.

Jetzt muß Europa sich finden

Wer das verhindert, verhindert auch die Wiedervereinigung Deutschlands

Auf die deutsche Sozialdemokratie kann die Politik der freien Welt nicht warten.

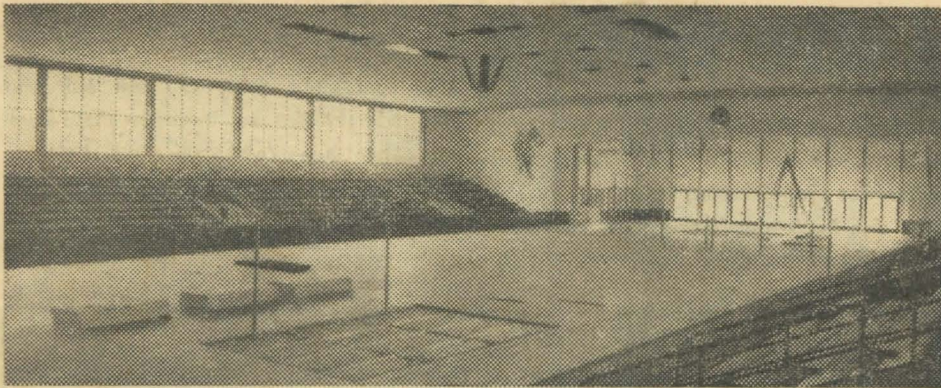
Der europäische Sozialist P. H. Spaak hat in Straßburg erklärt:

„Solange Adenauer da ist, ist nicht alles verloren“ und

„Unsere einzige und letzte Chance liegt heute bei Bundeskanzler Adenauer.“



Wir werden weiter marschieren . . .



Prof. Tiburtius bei der Enthüllung der Ehrenplaketten für die Begründer der Olympischen Spiele

Sport

Prof. Dr. Carl Diem, der seit Jahren der CDU angehört und die führende Persönlichkeit des deutschen Sports ist, fordert: „Das deutsche Volk braucht viele einfache Turnhallen, kleine Spiel- und Sportplätze und viele neue Sommer- und Hallenbäder, um ein Sportleben in Deutschland zu entwickeln, das der Gesundheit des Volkes dient. Wer sich dafür einsetzt, dient den wirklichen Erfordernissen einer vernünftigen Gesundheitspolitik.“

Dem deutschen Sportleben fehlen keine Stadien, die zur Genüge vorhanden sind. Es fehlen kleinere Plätze und Menschen, die für den Sport arbeiten. Nach den Plänen und Anregungen von Prof. Dr. Carl Diem, dem Leiter der Sporthochschule Köln, ist in Essen der erste Sportplatz der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) entstanden. Auch in Berlin wird mit Hilfe dieser Gesellschaft ein Sportplatz nach diesen Grundsätzen entstehen.

Die Sporthalle Schöneberg
Diese erste und bisher einzige Amateursporthalle Deutschlands entstand aus der Initiative des der CDU angehörenden Stadtrats für Volksbildung in Schöneberg

Wissen Sie schon? ...

daß man über das, was Wahlparolen sind, zweierlei Meinung sein kann — ob man darunter versteht, den politischen Gegner möglichst herunterzuziehen und zu beschimpfen, oder ob man sachliche Vorschläge für die verantwortungsvolle politische Arbeit in Staat und Gemeinde macht?

daß Franz Neumann, der Vorsitzende der SPD Berlin, mit seinen Genossen demonstrativ den Titaniapalast verließ, als anlässlich des ersten Staatsbesuchs des Bundeskanzlers in Berlin die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen wurde.

daß die SPD auch noch nach dem 17. Juni zu verhindern sucht, daß die Nationalhymne bei feierlichen Anlässen gespielt wird?

daß Kurt Schumacher, der verstorbene Vorsitzende der SPD, auf dem Parteitag in Hannover sagte: „Man kann auf die Dauer keine Politik des bloßen Anti treiben, man muß für eine Politik des Pro sein“?

daß die Errichtung eines neuen Arbeitsplatzes bei einem führenden Berliner Unternehmen der Elektroindustrie etwa 15 000 DM erfordert?

daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, Franz Neumann, am 7. Dezember 1953 im Berliner Abgeordnetenhaus sich für den sozialen Wohnungsbau mit einer Richtsatzmiete von 1,10 DM bzw. 1,20 DM je Quadratmeter, wenn Sammelheizung und Warmwasserversorgung vorhanden sind, einverstanden erklärt hat, die SPD aber heute aus Gründen der Wahltaktik eine Herabsetzung der Richtsatzmiete auf 0,80 bis 1,— DM je Quadratmeter fordert?

Photos von: Archiv 5, AP 2, v. Baer 1, Bieber 2, Buhs 1, Bundesbildstelle 1, Holzhausen 2, Krau 3, Landesbildstelle Berlin 1, Perlia 1, Schirner 4.

Kandidaten der CDU auf der Landeswahl-Liste



Walther Schreiber
Reg. Bürgermeister von Berlin



Ernst Lemmer
Fraktionsvors. der Berliner CDU



Anton Weber
Bahnmeister



Hilde v. d. Gablentz
Hausfrau



Johannes Müller
Gewerkschaftler



Bernh. Skrotzki
Geschäftsführer der Industrie- u. Handelsk. Berlin



Peter Lorenz
Referendar



Hans Mathee
Heimatvertriebener Rechtsanwalt



Gerhard John
selbständiger Ingenieur

Für Wohlstand u. Frieden!

Wählt

